

Dhorn. (Öffentliche Gemeindevorordneten-sitzung.) 1. Kenntnisnahmen: In der am 19. November 1928 stattgefundenen Gemeindevorordnetenversammlung wurde vom Vorsitzenden, Herrn Thalheim, bekannt gegeben, daß die rechte Fraktion als Ersatz für den aus dem Amte geschiedenen Herrn Bruno Philipp, Herrn Postmeister Martin Mautsch zum 2. Gemeindevorordneten vorgeschlagen hat. Herr Mautsch ist bereits von der Amtshauptmannschaft verpflichtet worden. Der Vorsitzende begrüßt im Namen des Kollegiums Herrn Mautsch und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Wahl zum Wohle der Gemeinde ausgefallen sein möge. 2. Beschlüßfassungen: Auf die Gesuche des Fürsorgevereins für Taubstumme Ostschlens und des Vereins der Blinden der Kreisamtsmannschaft Bautzen beschließt das Kollegium gemäß dem Vorschlage des Verwaltungsausschusses einstimmig, eine Beihilfe von je 10 Mark zu gewähren. Der Geflügel- und Kaninchenzüchterverein Dhorn ersucht für die am 1. und 2. Dezember 1928 stattfindende Ausstellung um Gewährung eines Ehrenpreises. Entsprechend dem Antrage des Verwaltungsausschusses beschließen die Gemeindevorordneten einstimmig, 30 Mark zu bewilligen, die auf Wunsch des genannten Vereins für ein Preis für Kaninchen, für Groß- und Wassergeflügel und für Hühner gestiftet werden. Das Gesuch, einen Beitrag für ein Geschenk für den verstorbenen Herrn Amtshauptmann Dr. Sievert zu bewilligen wurde mit Rücksicht darauf, daß auch andere Gemeinden sich hierzu nicht entschließen können und außerdem die Gemeinde in einer besonders schwierigen finanziellen Lage ist, einstimmig abgelehnt. Nach einer Mitteilung der Gemeinde Bretinig ist der zwischen dieser Gemeinde und dem Großhändlerbesitzer Elektricitätswerk wegen Aufwertung eines in der Infanterie zurückgelassenen Darlehens geführte Prozeß in zwei Instanzen zu Gunsten der Gemeinde Bretinig entschieden. Der Ausgang dieses Prozesses ist für die Gemeinde Dhorn insofern von Bedeutung, als die gleichen Verhältnisse in der Gemeinde vorliegen, und zwar wegen eines Darlehens von 50 000 Mark. Das Großhändlerbesitzer Elektricitätswerk ist nunmehr an die beteiligten Gemeinden herantreten, um eine Einigung über die Höhe der Aufwertung zu erzielen. Auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses beschließen die Gemeindevorordneten einstimmig, die gesetzlich zulässige Aufwertung von 25 Prozent zu fordern, vorbehaltlich etwaiger weiterer Rechtsansprüche. Die Dresdener Refinanzgesellschaft wünscht auch in der Gemeinde Dhorn eine Pfandkassette für Refinanz anbringen zu lassen. Das Kollegium hat hiergegen keine Bedenken und schlägt vor, den Platz des früheren Statuettums hierzu zur Verfügung zu stellen. Nach einer Mitteilung der Amtshauptmannschaft Kamenz ist diese bereit, einer Anregung zufolge wegen Einrichtung einer Kraftwagenlinie Bretinig-Dhorn-Pulsnitz-Königsbrück die erforderlichen Schritte einzuleiten. Obwohl das Kollegium auf dem Standpunkte steht, daß diese Linie nicht den gewünschten Erfolg haben wird, stimmt man der Anregung mit Rücksicht darauf, daß eine bessere Verbindung mit Radeberg bezw. Dresden durchaus am Platze ist, zu und genehmigt die probeweise Einrichtung dieser Linie unter gewissen Voraussetzungen. Mit der geforderten Garantiesumme von 10 Prozent ist das Kollegium einverstanden. Herr Kreisrat berichtet sodann über die Schritte, die wegen der Erhaltung des Siedteiches unternommen worden sind. Im Beisein des Herrn Reg.-Rat Lampert von der Amtshauptmannschaft ist nunmehr mit dem Besitzer Herrn Bruno Ziegenbalg, eine Einigung zustande gekommen dahingehend, daß der Gemeinde der Siedteich als Wasserstelle gegen Feuergefahr erhalten bleibt. Das Kollegium nimmt hierüber mit Befriedigung Kenntnis und genehmigt die getroffenen Vereinbarungen. Der Vorsitzende des Feuerlöschvereins, Herr Kreisrat, gibt noch Bericht über die stattgefundene Sitzung des Feuerlöschvereins. Die Gemeindevorordneten stimmen den gefaßten Beschlüssen zu und genehmigen den Ankauf von 60 Meter Schläuche. Im weiteren dankt Herr Gemeindevorordneter Mautsch für die Begrüßungsworte des Vorsitzenden und verpricht, auch seinerseits mitzuarbeiten im Interesse der Gemeinde Dhorn. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Großhörn. (Hühnerdiebstahl.) In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurden im Grundstück Bischofswerdaer Straße 221 9 weiße Hühner und 1 gelbes Huhn mittels Einbruch gestohlen. Durch ein schmales Loch verschaffte sich der Dieb Zugang zum Hühnerstall und schlachtete die Tiere vor Mitnahme ab. Als Täter kommt daher vermutlich eine schmächtige Person in Frage. Sachdienliche Wahrnehmungen erbittet die hiesige Gendarmerie oder Stadt-Polizei.

Kamenz. (Ein Unfall mit tödlichem Ausgang.) ereignete sich am Montag abend gegen 6 Uhr auf der Nordstraße. Der aus Richtung Bernbruch kommende Kaufmann Paul Ewald Schulz aus Pulsnitz überfuhr mit seinem Kraftwagen die auf der Bauhner Straße wohnhafte, 1855 geborene Frau Maria Elisabeth verw. Haidan. Herr Sanitätsrat Dr. Böhm stellte bei der Verunglückten Verletzungen am Hinterkopf, vermutlich Schädelbruch und Verletzungen am linken Arm fest, die kurz nach dem Unfall den Tod zur Folge hatten. Schulz macht über den Vorfall folgende Aussagen: „Er sei von Bernbruch gekommen und habe 10 Meter vor der Kreuzung Nord- und Arndtstraße gehupt; seine Geschwindigkeit sei mäßig gewesen, sie habe etwa 10-15 Kilometer betragen. Plötzlich habe er, nachdem die Kreuzung passiert war, einen weißen Gegenstand direkt am Kühler verspürt. Er habe weiter nichts gesehen, als einen großen Punkt in die Luft fliegen. Durch den Anprall sei sein Fahrzeug nach links gedrückt worden, und er habe dieses infolge seiner Aufregung einige Meter weiter laufen lassen. Nachdem er das Fahrzeug zum Stehen gebracht habe, sei er mit seiner Frau, die sich ebenfalls im Fahrzeug befand, zurückgegangen. Hierbei habe er festgestellt, daß er die obengenannte Frau, die sehr schwerhörig war und abends auch schlecht sah, überfahren habe.“ Die Verletzte wurde durch den hinzugekommenen Zimmermann Oskar Köseberg in dessen Wohnung genommen, wo sie, wie schon erwähnt, nach einigen Minuten verschieden ist. Später ist die Toie nach der Leichenhalle überführt worden. Von dem Tatort wurden durch hiesige Polizei- und Gendarmeriebeamte sowie Beamte der Kriminalabteilung, Bautzen, die nötigen Feststellungen vorgenommen und mehrere Blicktaufnahmen gemacht. Mehrere Zeugen des bedauerlichen Unfalls erklären, das Auto, das ordnungsgemäß beleuchtet war, kommen gesehen zu haben, und dann durch einen Knall auf das Weitere aufmerksam geworden zu sein. Daß eine Frau die Straße habe überschreiten wollen, haben sie nicht gesehen. Mehrere Stunden lang war die Unfallstelle für den Verkehr gesperrt. — Bei dieser Gelegenheit sei erneut und immer wieder davor gewarnt, Straßen zu überqueren, ehe man sich überzeugt hat, daß sie frei sind und sich keine Kraftwagen oder ähnliche Fahrzeuge in Annäherung befinden. Wenn in dieser Hinsicht auch von dem Fußgängerpublikum alle Vorsicht geübt wird, kann die Zahl der Unfälle sicher um ein Beträchtliches herabgemindert werden.

Straßgräben. (Weiteres Vorkommnis.)

England und Frankreich erledigt sei. Worauf stütze er sich? Etwa auf die für die Öffentlichkeit bestimmten Erklärungen der französischen und englischen Minister? Man könne doch nicht annehmen, daß das wirklich für unseren Außenminister überzeugend sei.

Die Gründe für die Verzögerung der Rheinlandräumung

lügen in Stresemanns Februar-Memorandum von 1925. Unter lebhaftem Widerspruch der Volkspartei betonte Graf Reventlow, dort habe Stresemann die Internationalisierung der Rheinlande angeboten.

Deutschland habe, so führte der nächste Redner, der Abgeordnete von Sybel (Christlich-Nat. Bauernpartei) aus, keine Veranlassung, in der Räumungs- und Revisionsfrage einen Kuhhandel zu machen. Die ausländische Presse gebe zu, daß Deutschland ein Recht auf Räumung habe.

Wir könnten eine Zahlungsverpflichtung Deutschlands überhaupt nicht mehr anerkennen.

Unser Recht gründe sich auf die Feststellung unserer Leistungsfähigkeit. v. Sybel schätzte unsere Kreditaufnahme im Ausland auf das Doppelte unserer Davesleistungen. Das Land aber, die Kraftquelle staatlicher Erneuerung, sei verarmt.

Der Redner warnte die Regierung, einen Handelsvertrag mit Polen abzuschließen auf der Grundlage der unbeschränkten Einfuhr von Schweinefleisch und des Hereinlassens lebender Schweine. Damit würde die Landwirtschaft gänzlich zugrunde gerichtet werden. Berncastel und Kyritz sollten Warnungszeichen sein. „Lassen Sie es“, so rief der Abgeordnete aus, „nicht dahin kommen, daß das proletarisierte Landvolk über die Köpfe der Führer hinweg in seiner Verzweiflung nach proletarischen Kampfmitteln ruft!“

Zum Schluß sprachen noch der Abgeordnete Dr. West für die Volkspartei und ferner der Zentrumsabgeordnete Dr. Schreiber, der sich mit den Ausführungen Dr. Breitheids auseinandersetzte. Er meinte, offenbar leide auch die Sozialdemokratie darunter, daß sie weltanschaulich im Auswärtigen Amt nicht zur Geltung komme.

Dann vertagte sich das Haus auf Dienstag, den 27. November, nachmittags 3 Uhr, zur Beratung kleinerer Vorlagen.

Reichstagsvertretung und Koalitionsverhandlungen.

Der Aeltestenrat des Reichstages hat den Beschluß gefaßt, daß der Reichstag bis Dienstag nächster Woche vertagt werden soll. Es stehen für die nächste Woche nur kleinere Vorlagen wie das Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat, das Schanzlitzengesetz und Anträge aus dem Hause über Ehescheidung und ähnliche Fragen, sowie Anträge der Deutschnationalen über die Echnische Nothilfe zur Verfügung. Wenn der Reichstag trotzdem sich vom Dienstag nächster Woche ab wieder versammelt, so ist als Grund dafür wohl das Bestreben der hinter der Regierung stehenden Fraktionen anzusehen, die nächste Zeit zu

Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition

zu benutzen. Der Reichstanzler wird mit den Führern der hinter der Regierung stehenden Parteien die Fühlung wieder aufnehmen und feststellen, inwieweit überhaupt eine Grundlage für die Bildung der Großen Koalition gegeben ist. In erster Linie wird man dabei die Frage der Steuerpolitik und des Stats erörtern müssen, da die Deckung des Defizits von rund 700 Millionen bei der Sozialdemokratie durch Steuern erstrebt wird, die die Deutsche Volkspartei und die Demokraten nicht mitmachen wollen. Hinzu kommen dann Schulfragen, und zwar deshalb, weil das Zentrum auch im Reiche die Frage des Konkordats mit auf die Tagesordnung von Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition bringen will. Weiter kommt hinzu die Forderung der Deutschen Volkspartei, daß gleichzeitig im Reiche und in Preußen die Regierung der Großen Koalition gebildet werden müsse.

14 Millionen Bauern hungern in China

Die Regierung vermag nicht zu helfen

Wie aus Nanjing gemeldet wird, hat am Dienstag unter dem Vorsitz von Maricholl Tschiangkai-schek eine Sitzung des Kabinetts stattgefunden. Nach amtlichen Mitteilungen

Daß es noch Menschen gibt, die wenig vertraut mit den Veränderungen im Eisenbahnverkehr sind, zeigte dieser Tage ein Vorkommnis auf dem hiesigen Bahnhofe. Ein älteres Jungfräulein aus der Umgegend rannte am Kamenzer Zug entlang und suchte die 4. Klasse. Endlich erwißte sie den Schaffner und fragte: „Wo ist den eigentlich die 4. Klasse?“ „Ja, die haben wir nicht. — Steigen Sie nur hier ein.“ Das erschrockene Gesicht wurde aber gleich anders, als der Zuggewaltige sie sanft in die 3. Klasse schob. Die Freude, so sein fahren zu können, konnten die Mitreisenden auf der ganzen Fahrt bis Kamenz an ihrem Gesicht lesen.

Königsbrück. (Anschluß Königsbrücks an den Elektrizitätsverband Gröbba.) Mit fieberhafter Tätigkeit wurde in den letzten Wochen am Lege der unterirdischen Kabel des Elektrizitätsverbandes Gröbba gearbeitet, um noch vor Eintritt von Frostwetter das Dränsch für die Belieferung von Licht-, Kraft- und Heizstrom fertigzubringen. Diese schwierige Arbeit ist nun kurz vor der Fertigstellung und auch die benötigten Transformatoren sind bereits errichtet, so daß in aller nächster Zeit die Belieferung mit elektrischer Energie erfolgen kann.

Arnsdorf. (Eine äußerst rege Bautätigkeit) herrscht seit längerer Zeit an den beiden Röhberbrücken der Eisenbahnlinie Dresden-Görlitz. Es wird dort der Unterbau verstärkt durch Betonmauerwerk, schadhafte oder schwache Träger ausgetauscht usw. Es geschehen diese umfangreichen und komplizierten Reparaturen ohne Störung des starken Zugverkehrs, nur müssen sämtliche Züge die betreffenden Baustellen in langsamen Tempo passieren. Es mußten auch Vorkehrungen gegen das durchfließende Wasser getroffen und elektrisch angetriebene Spezialmaschinen, sowie Lichtmasten, Aufenthalt- und Arbeitsbuden aufgestellt werden, in welchen Bohrmaschinen usw. surren. Am bei der morgens und abends herrschenden Dunkelheit einen guten Fortschritt der Arbeiten zu gewährleisten, und den herannahenden Zügen von der Arbeit Kenntnis zu geben, sind die

hungern 14 Millionen Bauern in China. Tschiangkai-schek erklärte in dieser Sitzung, daß die Finanzen der Regierung nicht imstande wären, die Hungersnot zu bekämpfen. Die Nanjing Regierung mußte bereits 25 Millionen Dollars sammeln, und kann trotzdem ohne Hilfe des Auslandes die Hungersnot nicht bekämpfen. In verschiedenen Orten der Provinz Schensi ist es zu Zusammenstößen zwischen den hungernden Bauern und Polizei gekommen. 40 Bauern wurden von der Polizei getötet, weil sie in Lebensmittelgeschäften plündern wollten.

Die belgische Presse zur Stresemannrede

Die belgische Presse bespricht die Rede Stresemanns im Reichstage ausführlich. Die sozialistische Zeitung „Peuple“ sagt, die Rede Dr. Stresemanns hätte in Paris, London und Brüssel keine Begeisterung hervorgerufen, denn man hätte erwartet, daß die Erklärungen angeht der bevorstehenden Verhandlungen entgegenkommender seien. Außerdem hätte man als Gegengabe für die Zugeständnisse der Alliierten in den Fragen der Besetzung, der Revision des Dawesplanes und der Abrüstung (!) auch deutsche Zugeständnisse erwartet. Dr. Stresemann habe allein auf alte Rechtsansprüche hingewiesen, deren Erfüllung allein die Verhandlungen günstig beeinflussen könne. Der Reichsaussenminister scheine nicht zu wissen, daß sich seit seiner Ertrankung in der internationalen Politik allerhand ereignet hat.

Keine Antwort Frankreichs auf die Stresemannrede

Obgleich die Rede Stresemanns in Pariser politischen Kreisen nicht sehr überrascht hat, da sie in wesentlichen Punkten eine Wiederholung der Ausführungen des deutschen Reichskanzlers Müller in Genf darstellte, ist man von ihrem Inhalt nicht sehr entzückt, wie auch aus dem halbamtlichen Leitartikel des „Temps“ hervorgeht. Die französische Regierung wird aber Dr. Stresemann nicht antworten, da sie, sowohl was die vorzeitige Räumung des Rheinlandes wie auch die Reparationsfrage anbetrifft, ihren Standpunkt bereits durch die letzte Rede Poincarés vor der Kammer festgelegt hat.

Das Echo der Stresemannrede in Rom

Rom, 20. November. Die Stresemannrede wird von allen Blättern an erster Stelle im Wortlaut wiedergegeben und findet eine günstige Beurteilung. Der Chefredakteur der „Tribuna“ sieht in der Rede Stresemanns das Endglied der Kette der Stellungnahmen der europäischen Mächte und der Vereinigten Staaten zu dem englisch-französischen Flottabkommen und zieht eine Bilanz für die Politik Englands. Auf die Rede Stresemanns selbst geht die „Tribuna“ nur indirekt ein und hebt dabei hervor, daß Deutschland jetzt ohne Gegenleistung kategorisch die Räumung des Rheinlandes, die Abrüstung und die Festsetzung der Endsumme der Reparationsleistungen verlangen könne. Das „Labore d'Italia“ nennt Stresemann den besten Schüler der Bismarckschen diplomatischen Tradition. Das Blatt unterstreicht, daß die Krise von Locarno zur Zeit einer Linkskoalition in Deutschland eintrete.

Beheimrat Dr.-Ing. e. h. Heinrich Ehrhardt gestorben.

Zella-Mehlis. Der Nestor der deutschen Industrie, Geheimer Baurat Dr.-Ing. ehrenhalber Heinrich Ehrhardt ist Dienstag in Zella-Mehlis gestorben. Er war der Erfinder des Ehrhardtschen Drehverfahrens zur Herstellung von Hohlkörpern aus einem prismatischen Block, Erfinder des Hochdruckaufgeschüßes und Gründer großer industrieller Werke, so der Rheinischen Metallwaren- und Maschinenfabrik A.-G. in Düsseldorf, der Stahlwarenfabrik Ehrhardt & Söhne in Rath bei Solingen, der Fahrzeugfabrik Digi-Werke Eisenach, der Bremswerke Düsseldorf-Reisholz und der Gewehrabrik Sömmerda.

betreffenden Arbeitsstellen und Signale durch große elektrische Lampen erhellt.

Schwepnitz. (Neues Selbstanschlußamt Schwepnitz.) Hier wurde ein neues Fernsprechselselbstanschlußamt in Betrieb genommen. Die Gespräche mit Teilnehmern des Ortsnetzes Kamenz werden sogleich bei der Anmeldung ausgeführt.

Bischofswerda. (Ein starker Zugang an Arbeitslosen hat in den letzten Tagen eingetroffen. Nach dem Stichtag am 15. November weist der Bezirk der Arbeitsamtsniederstelle Bischofswerda 556 männliche und 128 weibliche unterstützte Arbeitslose mit 554 Zuschlagsempfängern auf. Davon entfallen auf die Stadt Bischofswerda 95 männliche und 56 weibliche mit 115 Zuschlags-Empfängern. Nebenunterstützung empfangen im Bezirke 11 männliche und 3 weibliche Personen mit 7 Zuschlagsempfängern. Auf die Stadt entfallen davon 5 männliche und 3 weibliche.

Bischofswerda. (Im Verufe tödlich verunglückt.) Im hiesigen Bahnhofe wurde der Wagenheber Conrad aus Großharthau beim Überkreiten der Gleise vom Zuge erfaßt und tödlich überfahren.

Bautzen. (Verurteilung eines ungetreuen Bürgermeisters.) Das hiesige gemeinsame Schöffengericht verurteilte den Bürgermeister Otto Jurdzil aus Rascha bei Bautzen wegen Amtsuntersagung und unrichtiger Buchführung in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung zu neun Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust. Der Verurteilte hat etwa 6000 Mark Gemeindegelder unterschlagen.

Dresden. (Kleinkner vom Bundesvorstand des Reichsbanners bestätigt.) Die Dresdener Volksgemeinschaft teilt mit: Der Bundesvorstand des Reichsbanners hatte den von der letzten Gauversammlung des Reichsbanners für Ostschlens wiedergewählten ersten Vorsitzenden Kleinkner nicht bestätigt. Auf die Beschwerde des Dresdener Gauverbandes bei der Bundesgeneralversammlung in Hannover wurde der Fall zur weiteren Klärung an den neuen Bundesvorstand zurückverwiesen.